

Der Anstieg der Schweizer Staatsquote mal anders betrachtet

von Dr. Carsten Colombier, Ökonomieamt der Eidgenössischen Finanzverwaltung

Ein Versuch die Diskussion um die Staatsquote zu versachlichen

Die Staatsquote ist eine zentrale Kennziffer, wenn es in der politischen Debatte darum geht, wie viel Gewicht der Staat in einer marktwirtschaftlich organisierten Ordnung einnehmen soll. Auch, wenn in der Praxis keine optimale Quote bestimmt werden kann, lässt sich leicht erkennen, welcher politischen Couleur der jeweilige Diskutant zuzuordnen ist. So wird die gleiche Staatsquote von einem liberalen Politiker als eher zu hoch eingestuft, während sie von einem linken Politiker in der Tendenz als zu tief angesehen wird. Aber angesichts der Intensität mit der die Debatte geführt wird, gibt es nur wenig Informationen darüber, was die Staatsquote nun eigentlich aussagt oder besser nicht aussagt.

Allein aufgrund des Suffixes "Quote" lädt der Begriff "Staatsquote" zur verbreiteten Fehlinterpretation ein, die Staatsquote stelle den Anteil der Staatstätigkeit an der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft, gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP), dar. Auf diese Weise formen sich Positionen, die im Anstieg der Staatsquote der Schweiz von 32% zu Beginn der 90er-Jahre auf 38% im Jahr 2002 eine ständig steigende Inanspruchnahme volkswirtschaftlicher Ressourcen durch den Staat sehen.

Transfers nicht im BIP erfasst

Aber die Staatsquote setzt die gesamten Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Sozialwerke (AHV/IV, ALV) ins Verhältnis zum BIP. Das BIP stellt die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung dar. Jedoch sind aus Sicht der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht alle Staatsausgaben wertschöpfungsrelevant. So dient ein grosser Teil der Staatsausgaben, die sog. Transferausgaben, dazu, die in verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren entstandene Wertschöpfung umzuverteilen. Da es sich um eine Umschichtung zwischen verschiedenen volkswirtschaftlichen Sektoren handelt, werden Transferausgaben im BIP nicht erfasst. Folglich ergibt sich das Dilemma, dass eine Staatsquote von 100% nicht heisst, dass ein zentral gesteuertes Wirtschaftssystem vorliegt und der Staat alle volkswirtschaftlichen Ressourcen in Anspruch nimmt. Damit kann die Staatsquote theoretisch sogar über 100% ansteigen. Dies macht die Staatsquote schwer interpretierbar und verleitet zu Fehlschlüssen.

Konstante Ressourceninanspruchnahme durch den Staat

Allerdings lässt sich der Missstand beheben, wenn die Staatsquote in zwei Komponenten zerlegt wird: Eine "echte" Staatsquote und ein Umverteilungsverhältnis. Diese Unterteilung macht volkswirtschaftlich Sinn, weil die in der "echten" Quote erfassten Staatsausgaben direkt Wertschöpfung generieren, während im Umverteilungsverhältnis die Staatsausgaben berücksichtigt werden, welche die Ergebnisse marktwirtschaftlicher Tätigkeit – die Markteinkommen – umverteilen und an andere private Haushalte und Unternehmen weiterleitet.

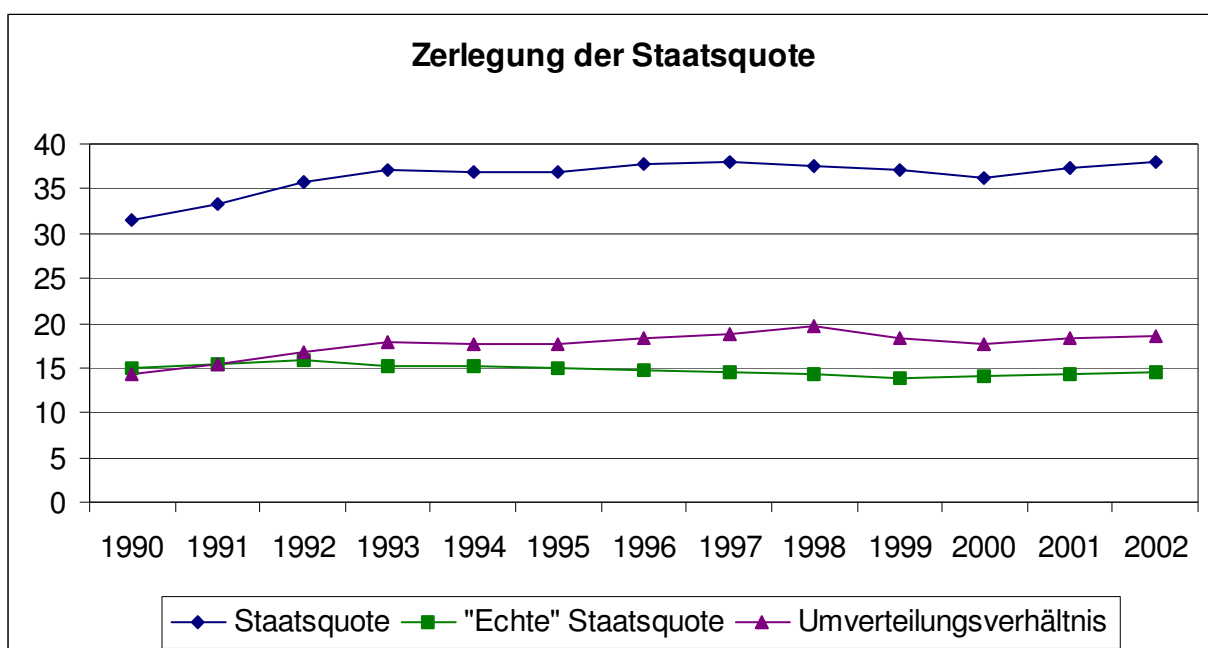
Setzt man den Staatskonsum, der zu ca. zwei Dritteln aus Personalausgaben besteht, und die öffentlichen Investitionen ins Verhältnis zum BIP resultiert eine "echte" Quote, die angibt, in welchem Mass der Staat die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in Anspruch nimmt. Beträge diese "echte" Quote 100%, wäre die Wirtschaft vollständig staatlich organisiert. Wird dieser Wert für die Schweiz betrachtet, so fällt auf, dass die "echte" Staatsquote 1990 bei 15% lag und sie dieses im Jahr 2002 immer noch tat. Daraus lässt sich unmittelbar schliessen, dass der Staat 2002 nicht mehr Produktionsmittel beanspruchte als 1990. Die Schweiz ist also in diesem Sinne heute nicht weniger marktwirtschaftlich organisiert als zu Beginn der 90er-Jahre.

Dieses Ergebnis widerspricht dem Eindruck, der gewonnen wird, wenn der Verlauf der gewöhnlich verwendeten Staatsquote für die Schweiz betrachtet wird.

Schleppender Wirtschaftsgang verursachte Zunahme der Staatsquote

Damit ist der Anstieg der Staatsquote allerdings mit der Zunahme der Transferausgaben zu erklären. Werden allein die Transferausgaben ins Verhältnis zum BIP gesetzt, so lässt sich von 1990 mit 14% bis 2002 mit 19% ein Anstieg um 5 Prozentpunkte ausmachen. Dieser Anstieg ist insbesondere im Zeitraum von 1990 (14%) bis 1993 (18%) zu verzeichnen gewesen als die Arbeitslosenquote von 0.5% (1990) auf 4.5% (1993) zunahm. Die Transferausgaben sind demnach aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und der daraus resultierenden Erhöhung des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung angestiegen. Höhere Ausgaben für die Arbeitslosigkeit als zu Beginn der 90er-Jahre sind leider weiterhin eine Realität, da die Arbeitslosenquote 2002 mit 2.5% etwa 2 Prozentpunkte mehr als 1990 betrug und heute sogar wieder bei 3.8% (seco, April 2005) liegt. Zudem dürften viele ältere Arbeitnehmer zu Lasten der Altersvorsorgewerke, insbesondere der Invalidenversicherung angesteuert worden sein, so dass das Umverteilungsverhältnis seit 1993 bei ca. 18% stagniert. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird dieses Verhältnis auch in der Zukunft kaum reduzierbar sein, wenn die Politik nicht eine drastische Leistungskürzung bei AHV und IV vornehmen will. Angesichts der schleppenden Wirtschaftsdynamik mit der Folge einer höheren Arbeitslosigkeit als in den 80er-Jahren und der schon spürbaren Überalterung der Bevölkerung erscheint im Rückblick der Anstieg des Umverteilungsverhältnisses in der Schweiz kaum vermeidbar gewesen zu sein.

Somit zeigt die Zerlegung der Staatsquote in eine "echte" Staatsquote und dem Umverteilungsverhältnis, dass der Anstieg der Staatsquote nicht auf einen zunehmenden Ressourcenverbrauch des Staatssektors – etwa auf eine überproportionale Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Sektor –, sondern auf einen Anstieg des Umverteilungsverhältnisses zurückzuführen ist. Die Erhöhung des Umverteilungsverhältnisses ist jedoch kein Ausdruck einer absolut zunehmenden Umverteilung, sondern das Ergebnis der seit dem Jahr 1992 relativ bescheidenen Dynamik der Schweizer Wirtschaft und der einsetzenden Überalterung der Bevölkerung.



Quellen: BFS, EFD.